

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die vergangenen Wochen haben deutlich gemacht, wie groß das Misstrauen gegenüber der Politik inzwischen geworden ist. Die Folgen dieses Vertrauensverlustes werden nun auch bei der Besetzung zentraler politischer Ämter sichtbar: In Sachsen-Anhalt wurde in dieser Woche ein AfD-Politiker zum Landtagspräsidenten gewählt. Zugleich wird in Berlin über eine Regierung unter Führung der Linken verhandelt. Es geht damit längst nicht mehr nur um verlorene Stimmen, sondern um veränderte Machtverhältnisse. Diese Entwicklungen bereiten mir erhebliche Sorge. Sie müssen uns dazu bewegen, die Ursachen des Vertrauensverlustes offen zu benennen und daraus politische Konsequenzen zu ziehen – statt auf jede neue Entwicklung lediglich mit erneuter Betroffenheit zu reagieren.

Bislang habe ich allerdings nicht den Eindruck, dass dies in ausreichendem Maße geschieht. Nach einer kurzen Phase der Betroffenheit droht erneut der Übergang zum politischen Alltag. Doch ein einfaches „Weiter so“ wird verlorenes Vertrauen nicht zurückbringen.

Gerade in dieser Lage halte ich zusätzliche Belastungen wie eine höhere Schaumweinsteuer oder eine Plastikabgabe für das falsche Signal. Bevor Bürger und Unternehmen erneut zur Kasse gebeten werden, muss die Bundesregierung deutlich machen, wo sie selbst Ausgaben begrenzt und welche staatlichen Aufgaben sie auf den Prüfstand stellt. Wir können nicht einerseits erklären, der Staat habe kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem, und andererseits immer neue Einnahmequellen erschließen. Dieser Widerspruch kostet Glaubwürdigkeit – gerade dann, wenn wir Vertrauen zurückgewinnen müssen.

Hinzu kommen politische Entwicklungen, die weit über einzelne Sachfragen hinausgehen. In Sachsen-Anhalt stellt die AfD erstmals den Präsidenten eines deutschen Landesparlaments. In Berlin führen Linke, Grüne und SPD Gespräche über eine mögliche gemeinsame Regierung unter Führung der Linken. Diese Entwicklungen dürfen wir weder dramatisieren noch kleinreden. Sie müssen uns vielmehr zu der Frage führen, warum die Parteien der politischen Mitte so viele Menschen nicht mehr erreichen.

Bei aller notwendigen Auseinandersetzung über den politischen Kurs gibt es eine Verantwortung, die uns über Parteigrenzen hinweg verbinden muss. Der Schutz jüdischen

Lebens und die entschiedene Ablehnung jedes Antisemitismus gehören dazu. Hier geht es nicht um politische Mehrheiten, sondern um die Grundlagen unseres Zusammenlebens und eine Verpflichtung, die sich gerade für Deutschland aus seiner Geschichte ergibt.

Drei Jahre nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel gedenken wir der Menschen, die am 7. Oktober 2023 ermordet, verletzt oder als Geiseln verschleppt wurden. Unser Mitgefühl gilt den Überlebenden und den Familien, deren Leben durch diesen Terror unwiderruflich verändert wurde. Hinter diesem Datum stehen persönliche Schicksale, zerstörte Familien und unermessliches Leid. Das dürfen wir weder aus dem Blick verlieren noch zulassen, dass diese Verbrechen verharmlost oder gerechtfertigt werden.

Dieses Gedenken verpflichtet uns aber auch, auf unser eigenes Land zu schauen. Wenn Jüdinnen und Juden bestimmte Orte meiden und sich aus Angst vor Anfeindungen aus dem öffentlichen Leben zurückziehen, dürfen wir uns mit Solidaritätsbekundungen an Jahrestagen nicht zufriedengeben. Jüdisches Leben muss in Deutschland selbstverständlich, sichtbar und sicher möglich sein. Dafür tragen wir aus unserer Geschichte heraus eine besondere Verantwortung. Antisemitismus muss auf entschiedenen Widerspruch und konsequentes staatliches Handeln treffen – unabhängig davon, ob er von rechts, von links oder aus islamistischen Milieus kommt. Kritik an Entscheidungen der israelischen Regierung ist legitim. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Drei Jahre nach dem 7. Oktober

Antisemitismus darf nicht zur Normalität werden

Das Ergebnis der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist für die CDU eine historische Niederlage. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis erreicht unsere Partei lediglich 4,9 Prozent. Erstmals scheitert sie bei einer Landtagswahl an der Fünfprozenthürde und wird im neuen Parlament nicht vertreten sein. Gegenüber 2021 hat die CDU 8,4 Prozentpunkte verloren. Das Ausmaß dieses Absturzes lässt sich durch nichts beschönigen.

Für eine Partei mit unserem Anspruch muss dieses Ergebnis eine grundlegende Selbstprüfung auslösen. Die CDU will Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zusammenführen und politische Verantwortung übernehmen. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir dafür so wenig Zustimmung erhalten, dass wir künftig nicht einmal mehr mit einer eigenen Fraktion an den parlamentarischen Entscheidungen mitwirken können. Damit verlieren wir auch eine wichtige Möglichkeit, die Anliegen unserer Wähler im Landtag zu vertreten.

Mich wundert deshalb, wie leise die Diskussion innerhalb unserer Partei bislang ausfällt. Gemessen an der historischen Tragweite dieses Ergebnisses vermisse ich eine ausreichend offene und grundlegende Auseinandersetzung mit den Ursachen. Eine Niederlage dieses Ausmaßes zu bedauern, reicht nicht. Wir müssen uns fragen, weshalb uns so viele Menschen ihre Stimme nicht mehr geben und warum unser politisches Angebot offenbar so wenig überzeugt.

Dabei müssen wir auch die Verantwortung der Bundespolitik prüfen. Natürlich hat jede Landtagswahl ihre eigenen Bedingungen. Auch die Arbeit vor Ort gehört auf den Prüfstand. Es wäre aber zu bequem, dieses Ergebnis vor allem den schwierigen Umständen im Land zuzuschreiben. Als CDU führen wir die Bundesregierung. Was wir in Berlin entscheiden, wie verlässlich wir handeln und welchen Eindruck die Koalition vermittelt, hat Folgen für unsere gesamte Partei.

Die Mitglieder und Wahlkämpfer vor Ort haben Anspruch auf eine ehrliche Aufarbeitung. Dazu gehören unbequeme Fragen auch an die Bundesführung. Welche Erwartungen haben wir enttäuscht? Wo fehlt uns ein erkennbares Profil? Warum trauen uns Menschen die Lösung ihrer Probleme nicht mehr zu? Und welche Konsequenzen ziehen wir daraus?

Die CDU darf sich an solche Ergebnisse nicht gewöhnen. Wer den Anspruch erhebt, Volkspartei zu sein, muss um gesellschaftliches Vertrauen kämpfen und eigene Fehler offen benennen. Nach Mecklenburg-Vorpommern erwarte ich, dass wir dieser Verantwortung gerecht werden.

Sachsen-Anhalt

Bei den Fakten bleiben

Die konstituierende Sitzung des neuen Landtags in Sachsen-Anhalt hat eine politische Zäsur gebracht. Mit Tobias Rausch stellt die AfD erstmals den Präsidenten eines deutschen Landesparlaments. Er erhielt bei der geheimen Wahl 48 Stimmen – neun mehr, als die AfD selbst Abgeordnete stellt. Das BSW mit seinen fünf Mandaten hatte seine Unterstützung angekündigt. Selbst bei geschlossener Zustimmung beider Fraktionen kamen damit mindestens vier weitere Ja-Stimmen hinzu. Aus welchen Fraktionen sie stammen, lässt sich aus dem Ergebnis nicht feststellen. Hinzu kamen fünf Enthaltungen.

Zusätzliche Brisanz erhielt der Vorgang durch die anschließende Wahl von Hans-Thomas Tillschneider zum Vizepräsidenten. Er wurde im ersten Wahlgang mit 44 Ja- gegen 38 Nein-Stimmen gewählt. Tillschneider gehört zum besonders radikalen Teil der AfD und war Mitbegründer des früheren rechtsextremen „Flügels“. Dass die AfD damit gleich zwei herausgehobene Ämter im Landtagspräsidium besetzt, bereitet mir erhebliche Sorge.

Gerade angesichts dieser Entwicklung müssen wir in der politischen Auseinandersetzung sorgfältig zwischen Tatsachen und Vermutungen unterscheiden. Umso befremdlicher finde ich die Gewissheit, mit der die Linken-Fraktionsvorsitzende Heidi Reichinnek anschließend auftrat. Sie schrieb sowohl die zusätzlichen Stimmen als auch die fünf Enthaltungen der CDU zu. Zugleich erklärte sie: „Wer einem Rechtsextremen seine Stimme gibt, hat jedes Recht verloren, sich als Demokrat zu bezeichnen.“

Das ist keine sachliche Aufklärung, sondern eine politische Vorverurteilung. Die Wahl war geheim. Aus einem Verdacht dennoch eine Gewissheit zu machen und anderen daraufhin ihre demokratische Haltung abzusprechen, halte ich für unredlich. Gerade unter dem Anspruch, die Demokratie zu verteidigen, ist es verantwortungslos, eine demokratische Partei auf dieser Grundlage öffentlich zu diskreditieren.

Auch SPD-Fraktionschef Matthias Miersch hat angekündigt, das Abstimmungsverhalten der CDU im Koalitionsausschuss anzusprechen. Kritische Nachfragen sind angesichts dieser Ergebnisse notwendig. Wer von der Empfehlung zur Enthaltung abgewichen ist, kann allerdings auch mit Nein gestimmt haben. Von unserem Koalitionspartner erwarte ich, dass er diesen entscheidenden Unterschied auch öffentlich deutlich macht, statt den Verdacht gegen die CDU weiter zu verstärken. Es muss darum gehen, offene Fragen zu klären – nicht darum, die Verantwortung vorschnell beim Koalitionspartner abzuladen.

Mich beschäftigt besonders die politische Wirkung dieser Auseinandersetzung. Während die AfD die Wahl als Ende ihrer Ausgrenzung feiert, wird vonseiten der Linken die demokratische Verlässlichkeit der CDU auf Grundlage unbewiesener Zuschreibungen infrage gestellt. Darin sehe ich eine gefährliche Dynamik: Die politischen Ränder verschärfen die Gegensätze, während das Vertrauen zwischen denjenigen beschädigt wird, die gemeinsam demokratische Verantwortung tragen müssen. Wer Rechtsextremismus bekämpfen will, sollte nicht mit unbelegten Vorwürfen jene Zusammenarbeit erschweren, die dafür notwendig ist.

Berlin - Regierungsverantwortung braucht klare Maßstäbe

Antisemitismus lässt sich nicht wegverhandeln

Die Linke will künftig das Rote Rathaus führen und spricht mit SPD und Grünen über eine gemeinsame Regierung. Gleichzeitig bestehen tiefe Zerwürfnisse über den Umgang mit Antisemitismus in den eigenen Reihen. Für mich ist das kein Begleitthema der Regierungsbildung, sondern eine grundlegende Frage ihrer politischen Eignung. Wer eine ganze Stadt regieren will, muss den Schutz jüdischen Lebens auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen durchsetzen können.

Wie tief dieser Konflikt reicht, zeigen die Parteiaustritte des früheren Kultursenators Klaus Lederer und der ehemaligen Sozialsenatorin Elke Breitenbach. Beide verließen die Linke bereits 2024 im Streit über den Umgang mit Antisemitismus. Hier haben nicht politische Gegner Vorwürfe erhoben, sondern langjährige Verantwortungsträger die Konsequenzen gezogen. Das lässt sich nicht als Randproblem abtun. Eine Partei, die Regierungsverantwortung beansprucht, muss sich diesen Vorwürfen stellen, statt sich auf allgemeine Bekenntnisse zurückzuziehen.

Elif Eralp hat ein Schutzversprechen für jüdisches Leben abgegeben. Ein solches Versprechen ist jedoch eine Selbstverständlichkeit und noch kein Beleg dafür, dass die notwendigen Grenzen innerhalb ihrer Partei tatsächlich durchgesetzt werden. Die Linke muss konkret benennen, welches Verhalten sie nicht duldet und welche Konsequenzen Grenzüberschreitungen haben. Wer von anderen klare Haltung verlangt, darf bei Antisemitismus in den eigenen Reihen keine Nachsicht üben. Glaubwürdigkeit entsteht durch Konsequenz, nicht durch beschwichtigende Erklärungen.

Die Bedenken reichen weit über die Union hinaus. Im „Berliner Appell für Verantwortung“ warnen unter anderem Wolfgang Thierse, Joschka Fischer und Peter Altmaier vor einer Regierung unter Führung der Linken. Sie sehen den Schutz jüdischen Lebens, die Abgrenzung von Extremismus und die finanzielle Stabilität der Stadt nicht ausreichend gewährleistet. Diesen parteiübergreifenden Warnruf einfach zu übergehen, wäre verantwortungslos. Eine rechnerische Mehrheit beantwortet noch nicht die Frage, ob ein Bündnis politisch tragfähig ist.

SPD und Grüne verlangen von der Linken, ihr Antisemitismusproblem zu klären. Daran müssen sie sich nun selbst messen lassen. Diese Forderung darf nicht zur bloßen Verhandlungsposition werden, die am Ende zugunsten einer Regierungsbeteiligung aufgegeben wird. Solange die Linke nicht überzeugend zeigt, dass sie antisemitischen Positionen in den eigenen Reihen wirksam entgegentritt, halte ich sie für ungeeignet, unsere Hauptstadt zu führen. Der Wunsch nach einer gemeinsamen Regierung darf nicht schwerer wiegen als die Grundsätze, auf denen sie beruhen muss.

Neue Steuerbelastungen

Der Staat muss bei sich selbst anfangen

Über eine Zuckersteuer wurde diskutiert, eine Plastiksteuer ist geplant, und die Steuern auf Schaumwein, Spirituosen und weitere alkoholische Getränke sollen um 20 Prozent steigen. Allein von den höheren Alkoholsteuern erwartet die Bundesregierung für 2027 zusätzliche Einnahmen von 380 Millionen Euro. Ich halte diese Pläne für das falsche Signal. Natürlich muss der Bundeshaushalt dauerhaft solide finanziert werden. Die Antwort darf aber nicht immer wieder darin bestehen, Bürger und Unternehmen stärker zu belasten. Zusätzliche Einnahmen sind noch keine Haushaltsreform.

Rheinland-Pfalz hat sich deshalb im Bundesrat dafür eingesetzt, die geplante Schaumweinsteuer aus dem Haushaltsbegleitgesetz zu streichen. Dieser Vorstoß fand am 25. September leider keine Mehrheit. Die Landesregierung warnt insbesondere vor den Folgen für Klein- und Obstbrennereien sowie kleinere Wein- und Sekterzeuger. Diese Bedenken teile ich. Wer den ländlichen Raum stärken und seine mittelständischen Betriebe erhalten will, muss deren wirtschaftliche Spielräume im Blick behalten, statt sie durch zusätzliche Steuern weiter einzuschränken.

Auch die Pläne für eine Plastiksteuer werden konkreter. Nach dem vorliegenden Entwurf sollen ab Juli 2027 für jede Tonne Kunststoff in Verpackungen 550 Euro anfallen. Ab 2028 werden jährliche Einnahmen von knapp 1,5 Milliarden Euro erwartet. Weniger Verpackungsabfälle und mehr Recycling sind sinnvolle Ziele. Eine neue Steuer muss sich allerdings daran messen lassen, ob sie diese Ziele tatsächlich erreicht und welche zusätzlichen Kosten sie verursacht – nicht allein daran, wie viel Geld sie dem Bundeshaushalt einbringt.

Dabei dürfen wir die einzelnen Belastungen nicht isoliert betrachten. Für die Menschen zählt, was ihnen nach Steuern, Sozialabgaben und den notwendigen Ausgaben zum Leben bleibt. Werden zusätzliche Kosten über höhere Preise weitergegeben, trifft das auch diejenigen, die ihren Haushalt ohnehin knapp kalkulieren müssen. Gerade bei alltäglichen Ausgaben setzen solche Belastungen aus meiner Sicht an der falschen Stelle an. Was der Staat zusätzlich einnimmt, fehlt einer Familie für andere Anschaffungen oder einem Betrieb für die nächste Investition.

Umso schwerer ist es zu vermitteln, wenn die Bürger immer mehr zahlen sollen, zugleich aber bei Qualität, Erreichbarkeit und Verlässlichkeit staatlicher Leistungen Abstriche hinnehmen müssen. Ein Staat, der seinen Bürgern mehr abverlangt, muss sich deshalb fragen lassen, warum seine eigene Leistungsfähigkeit damit nicht Schritt hält.

Deshalb muss die Bundesregierung ihre Ausgaben und Strukturen konsequent überprüfen. Dazu gehören klare Prioritäten bei den staatlichen Aufgaben, eine ehrliche Bewertung der Wirksamkeit von Förderprogrammen sowie der Abbau von Doppelzuständigkeiten. Auf diese Prüfung müssen konkrete Entscheidungen folgen. Programme, die ihre Ziele nicht erreichen,

müssen verändert oder beendet werden, damit das vorhandene Geld dort eingesetzt werden kann, wo es tatsächlich gebraucht wird. Das ist politisch unbequemer als eine Steuererhöhung.

Wer erklärt, der Staat habe kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem, muss sein Handeln daran ausrichten. Das gilt ausdrücklich auch für uns als Union. Wir können nicht Entlastung versprechen und zugleich neue Belastungen mittragen, ohne diesen Widerspruch überzeugend aufzulösen. Haushaltsdisziplin bedeutet für mich, mit dem Geld der Bürger sorgfältiger umzugehen – nicht, ihnen mehr davon abzuverlangen, während sie auf einen besser funktionierenden Staat weiter warten müssen.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de